

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V • Gaußstr. 5 • 19055 Schwerin

Bund der Steuerzahler Mecklenburg-
Vorpommern e.V.

Am Markt 9
19055 Schwerin

Landesgeschäftsstelle M-V
Gaußstr. 5, 19055 Schwerin
Fax 0385/5574-229
www.gruene-mv.de

Denis Wermuth
Landesgeschäftsführer
Tel. 0385/5574-356
denis.wermuth@gruene-mv.de

Doreen Pegel
Stellvertr. Geschäftsführung
Landesfinanzreferentin
Tel. 0385/5574-991
doreen.pegel@gruene-mv.de

Schwerin,

I. Strategien, Maßnahmen, Haushalt

1. Was sind aus Sicht Ihrer Partei die wichtigsten drei Ziele der kommenden Legislatur?

Für die Legislaturperiode von 2021 bis 2026 ist unser wichtigstes Ziel, dass wir den **Wandel zu einer klimaneutralen und sozial ausgeglichenen Gesellschaft** in Mecklenburg-Vorpommern entschlossen vorantreiben.

Wir wollen **Klimaneutralität für MV bis zum Jahr 2035** erreichen. Die Wissenschaftler*innen sagen uns, dass dies in dieser Konsequenz nötig und auch möglich ist. Die Weichen für effektiven Klimaschutz müssen, gerade auch in der Finanzpolitik, ab sofort gestellt werden. Dies gelingt u.a. über die verstärkte und verbindliche Vorgabe von eindeutigen, wirksamen und nachprüfaren Nachhaltigkeitskriterien bei jeder Planung und jeder Verausgabung öffentlicher Mittel, sowie über die Streichung klimaschädlicher Subventionen in allen Bereichen.

Zudem wollen wir eine **Offensive im Bildungswesen** starten. In den KiTas werden wir mit dem „Zukunftspakt KiTa“ kleinere Gruppen für eine bessere frühkindliche Bildung ermöglichen. Gleichzeitig werden wir pro Jahr 300 Lehrer*innen mehr an den Universitäten ausbilden und an den Schulen schrittweise 500 neue Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen einstellen. Dazu kommt ein Investitionsprogramm, welches die Schulen auf nachhaltige Weise endlich vom Sanierungsstau befreit.

Das **Steuerrecht** wollen wir so ausgestalten, dass es die notwendigen **Investitionen in die ökologische und digitale Modernisierung** fördert. Menschen und Familien mit **kleinen und mittleren Einkommen** sollen **entlastet** und sehr **wohlhabende** und reiche Menschen sowie **große Konzerne stärker** an der Finanzierung des **Gemeinwesens beteiligt werden**. Aggressiver **Steuervermeidung und Steuerbetrug** sagen wir den **Kampf** an.

Eins ist klar: **Jeder Euro, den wir in Klimaschutz und Bildung investieren, rechnet sich bereits mittelfristig um ein Vielfaches**. Oder andersherum: Jeder Euro, den wir an der falschen Stelle einsparen, kostet uns viel mehr im Nachhinein. Soziale, ökologische und finanzpolitische Verantwortlichkeit im Handeln gehen bei uns Hand in Hand.

2. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wurde wiederholt von verschiedenen Organisationen und Politikern die Abschaffung der Schuldenbremse gefordert. Wie steht Ihre Partei zur Schuldenbremse?

Wir GRÜNE stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und einer Begrenzung der Kreditaufnahme. Trotzdem wollen wir die Schuldenbremse reformieren, da unser Land seit längerer Zeit einen großen Investitionsstau verzeichnet. Die niedrigen Zinsen eröffnen uns dabei derzeit große Spielräume. Die „neue“ Schuldenbremse soll durch eine Investitionsregel ergänzt werden, sodass durch die Reform nur der Aufbau von neuem volkswirtschaftlichem Vermögen und Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden können.

3. In den Ausgaben des MV-Schutzfonds sind Maßnahmen aufgeführt, die (u.a. auch laut Aussage des Landesrechnungshofes) keinen unmittelbaren Bezug zur Pandemie haben und trotzdem mit „Corona-Schulden“ finanziert werden sollen. Wie stehen Sie zu einer Überführung des Sondervermögens in den regulären Landeshaushalt, um die Schuldenhöhe des Landes transparent darzustellen.

Die Vermögensübersicht des Landes liefert nur ein sehr unzureichendes Bild. Grundsätzlich sollte eine Vermögensübersicht selbstverständlich alle Vermögensbestandteile eines Haushaltes ausweisen. Sie sollte daher schnellstmöglich zur einer Vermögensrechnung weiterentwickelt werden, die die Entwicklung des Landesvermögens in seiner Gänze transparent darstellt und das Bewusstsein für notwendige Investitionen und Instandsetzungen des öffentlichen Eigentums stärkt. Öffentliche Beratungen im Finanzausschuss sollten deshalb ebenfalls selbstverständlich sein.

4. Plant Ihre Partei die Entwicklung/Einführung eines strategischen Personalkonzepts für die Landesverwaltung unter den Aspekten der Effizienz, Kosten, Zukunftsfähigkeit?

Wir planen, ein bedarfsorientiertes Personalkonzept zu entwerfen, um die Verwaltungsorganisation fortlaufend zu verbessern. Vor allem eine beschleunigte Digitalisierung soll dabei für eine effizientere, bürgerfreundliche Verwaltung sorgen. Es gilt aber auch, aktuelle Daten für die verschiedenen Gesellschaftsbereiche bereitzustellen und die vorliegenden Zahlen und Analysen wirklich zu nutzen, um Personalnotwendigkeiten frühzeitig zu erkennen und entsprechend bei der Planung zu berücksichtigen. Dies ist beispielsweise bei der Lehrkräfteplanung nicht erfolgt. Um die dringend benötigten Fachkräfte zu gewinnen, möchten wir gute Arbeitsbedingungen für öffentlich Beschäftigte sicherstellen. Einige Anreize sollen hier unter anderem ein Jobticket, Radleasing, die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres, mobiles Arbeiten sein. Schritt für Schritt wollen wir dabei den Weg zu einer klimaneutralen Verwaltung gehen.

5. Wie will Ihre Partei das Ziel der digitalen Verwaltung gemäß OZG erreichen?

Gerade im Bereich des E-Government ist es von zentraler Bedeutung, gemeinsame

Standards, Plattformen und Identitätsmanagementsysteme zu implementieren – auch, um den öffentlichen Haushalt zu schonen. Die ambitionierten Zeitpläne des OZG sind bereits aus heutiger Perspektive kaum zu halten. Hier eine Einrichtung zu schaffen, die gemeinsame Dienstleistungs- und Koordinierungsstelle ist, ist daher dringend nötig. Die Behörde der:des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern soll daher als oberste Landesbehörde eingerichtet werden und die personellen Ressourcen erhalten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Wichtig ist uns dabei, dass bei der Beschaffung und Entwicklung von IT- Produkten Standards für Datenschutz und Datensicherheit beachtet, sowie die Nutzung von offenen Schnittstellen für Datenaustausch verpflichtend vorgesehen werden.

6. Gibt es Sparvorhaben, die Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode umsetzen will? Falls ja, um welche Vorhaben handelt es sich (2-3 Beispiele)?

Einsparen wollen wir in erster Linie 100% der Treibhausgase in MV bis 2035. Dies spart uns immense Summen, die durch Klimaschäden auf uns zukommen können. Erreichen wollen wir die Klimaneutralität durch eine konsequente Energiewende. Hierbei braucht unsere Wirtschaft Investitionen statt Sparvorhaben. Unser GRÜNES Investitionsprogramm wird die Wirtschaftsleistung des Landes deutlich erhöhen - ohne die Schuldenfähigkeit negativ zu beeinflussen. Dies wurde durch unabhängige Modellrechnungen klar belegt. Wenn wir Einsparungen vornehmen, dann vor allem, indem wir klimaschädliche Subventionen streichen.

7. Plant Ihre Partei besonders haushaltsrelevante Projekte? Wenn ja, wie gestaltet sich die Refinanzierung?

Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig eine umfassende Gesundheitsversorgung in allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns ist. Durch den demographischen Wandel werden zukünftig außerdem noch mehr alte und sehr alte Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben und die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2030 um über 50 % steigen. Schon heute ist es in vielen Regionen schwierig, einen ambulanten Pflegedienst oder ausreichend Personal für Pflegeeinrichtungen zu finden. Wir werden daher die öffentliche, medizinische Infrastruktur in MV stärken und ausbauen, die kleinen Krankenhäuser erhalten und im Sinne einer besseren, wohnortnahen, medizinischen Versorgung weiterentwickeln. Dafür müssen die Berufsbilder der Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver gestaltet werden. Wir möchten die Tarifvertragsbindung stärken, es braucht qualitativ hochwertige und barrierefreie Aus- und Weiterbildungsangebote, die Förderung von Pflegestudiengängen an allen medizinischen

Fakultäten und Hochschulen unseres Landes sowie Stipendien und Promotionsprogramme, um den pflegerischen Nachwuchs zu fördern. Für eine gute Pflege möchten wir Pflegestützpunkte und -netzwerke ausbauen, die Wahlfreiheit der zu Pflegenden und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform fördern und das Wohn- und Teilhabegesetz des Landes novellieren, um die verschiedenen Wohnformen im Alter rechtssicher zu definieren. Außerdem soll die Kurzzeitpflege gestützt werden, um nicht notwendigen Heimeinweisungen nach Krankenhausaufenthalten vorzubeugen. Alterswohngemeinschaften in kommunaler Hand möchten wir fördern und hospizliche Leistungen in stationären Pflegeeinrichtungen voranbringen. Die Refinanzierung dieser umfassenden Vorhaben im Gesundheits- & Pflegesystem ergibt sich aus anderen wirtschaftlichen Einnahmenquellen, denn die Gewinnerorientierung darf keine Größe in der Daseinsvorsorge sein. Eine solidarische Besteuerung von Vermögen und Einkommen ist

deshalb unerlässlich. Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen, denn Daseinsvorsorge, Sozial- und Gesundheitssystem sind nur solidarisch zu finanzieren.

8. Zuletzt hat das Land keine Altschulden mehr getilgt. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Abbau dieser Schulden und bis wann?

Wie das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf im Rahmen seiner Modellrechnung belegt hat, wird das GRÜNE Investitionsprogramm (Schwerpunkte: schrittweise klimaneutraler Umbau von Wirtschaft und Landwirtschaft, Verkehrswende, Naturschutz, ökologischer Wandel und Digitalisierung) die deutsche Wirtschaftsleistung spürbar erhöhen. Damit haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bislang als einzige Partei einen konkreten Plan vorgelegt, wie sich unsere Unternehmen nach der Corona-Pandemie nicht nur erholen können, sondern sogar noch gestärkt aus der Krise kommen. Zugleich kann der öffentliche Investitionsstau in klimafreundliche Innovation aufgelöst werden. Die Modellrechnung zeigt, dass das deutsche Inlandsprodukt bereits nach einem Jahr einen Prozentpunkt über dem Niveau ohne Investitionsprogramm liegen würde. Bis 2040 sind es bereits mindestens vier Prozent plus, bei günstiger Entwicklung sogar elf Prozent. Das bedeutet eine Erhöhung des Wohlstandsniveaus um etwa 1.400 Milliarden Euro, was der jährlichen Wirtschaftsleistung Spaniens entspricht und womit auch Mecklenburg-Vorpommern seine Altschulden erfolgreich abbauen kann.

9. Das Land bildet Pensionsrückstellungen für die Beamten im Landesdienst. Sollen weitere Jahrgänge in diesen Versorgungsfonds aufgenommen werden? Wie stellt Ihre Partei sicher, dass der Versorgungsfonds die notwendige Rendite zur Leistung der gestiegenen Beamtenpensionen erwirtschaftet?

Für die notwendige Sicherheit und Rendite des Versorgungsfonds ist es wichtig, nachhaltig zu investieren und eine werterhaltende Anlagestrategie voranzutreiben. Da wir langfristig die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln wollen, in die perspektivisch auch Beamt*innen einbezogen werden, werden wir die Weiterentwicklung des Versorgungsfonds sorgfältig abwägen.

10. Stichwort Werftenrettung: In nicht unerheblichem Maße ist das Land in Bezug auf die MV-Werften im finanziellen Risiko. Wie stehen Sie zur Rettung der Werften? Welche möglichen Alternativszenarien hat Ihre Partei?

Die MV-Werften sind für unsere gesamte Region identitätsstiftend und ein zentraler wirtschaftlicher Faktor. Sowohl als Arbeitgeber, als auch als Auftraggeber für die zahlreichen Zulieferbetriebe haben die Werften im Land eine herausgehobene Stellung. Der Schiffbau steht aktuell vor großen Herausforderungen. Schon die letzte Schiffbaukrise hätte die Mehrheit der hiesigen Werften nicht ohne staatliche Unterstützung überlebt. Endlos können der Bund und das Land die Subventionsspirale jedoch nicht weiterdrehen, es müssen stattdessen intelligente und marktfähige Lösungen angeboten werden. International wettbewerbsfähig wird zukünftig nur sein, wer vielseitig aufgestellt ist und emissionsarmen, nachhaltigen und innovativen Schiffbau bietet. Die Schifffahrt will bis 2050 mindestens die Hälfte der jährlichen CO₂-Emissionen reduzieren - eine klimaneutrale Seeschifffahrt ist also erreichbar. MV kann mit den richtigen Konzepten daran mitwirken und auch wirtschaftlich davon profitieren. Die Landesregierung hat allerdings bisher keinerlei Ideen entwickelt, wie der heimische Schiffsbau durch eine kluge Förderpolitik dabei unterstützt werden kann, sich

auf den globalen Markt mit seinen Veränderungen einzustellen. Landesbürgschaften und Bundesrettungsschirme als Dauerlösung zu sehen, ist keine Alternative. In der aktuellen globalen Gesundheits- und Wirtschaftskrise tendiert die Nachfrage nach neuen Schiffen gegen Null - vor allem neue Kreuzfahrtschiffe werden bis auf Weiteres nicht benötigt. Mit erneuter Nachfrage ist frühestens 2023 wieder zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sind neue Konzepte notwendig, mit denen unsere Werften ihre Kapazitäten nutzen und einen ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Weg aus der Krise entwickeln können. Soll der Schiffsbau in MV marktfähiger werden, muss er eine Vorreiterrolle bei emissionsarmer Antriebstechnik einnehmen. Das bisherige Förderwirrwarr muss daher dringend aufgelöst und die Maßnahmen müssen auf moderne, emissionsfreie Antriebe fokussiert werden. Schiffbau und innovative Forschung sollen endlich zusammen gedacht und die Kooperationen zwischen den Hochschulen und den Werften intensiviert werden. Auch in der beruflichen Bildung müssen sich die Schwerpunkte hin zu ökologischer Nachhaltigkeit verschieben. Mit der Entwicklung innovativer, hochwirtschaftlicher Schiffsantriebe kann der heimische Schiffbau mit der günstigeren Konkurrenz mithalten. Hinzu kommt, dass alternative Antriebe zukünftig verstärkt mit klimafreundlichen synthetischen Treibstoffen angetrieben werden sollen. Auch liegen im Ausbau der erneuerbaren Energien große Zukunftschancen für MV und die Werften. Als Standortvorteil kann außerdem an unserer Küste die überschüssige Windkraft genutzt werden, um sauberen Wasserstoff als Antriebsmittel zu produzieren. Mit nachhaltigen Konzepten und Förderungen möchten wir GRÜNE den Menschen auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern endlich eine verlässliche und nachhaltige Perspektive bieten.

II. Steuern und Abgaben

11. Das Land führte 2021 die Grundsteuer nach dem Bundesmodell ein. Die neue Grundsteuer soll „aufkommensneutral“ gestaltet werden. Was versteht Ihre Partei konkret darunter und wie soll das sichergestellt werden?

Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens, wir stehen hier an der Seite der Kommunen. Leitplanken für uns GRÜNE bei der Grundsteuer sind: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung und das Ausbleiben ökologischer Fehlanreize. Das Ziel der aufkommensneutralen Grundsteuer, die ohne eine Erhöhung des Gesamt-Grundsteuerauskommens im Land nach der Reform auskommt, unterstützen wir. Zunächst werden dabei alle Grundstücke neu bewertet. Auf dieser Grundlage wird die Steuermesszahl festgelegt. Der Bodenrichtwert ist dabei die wichtigste Orientierungsgröße, bei einer vorhandenen Bebauung wird der Wert des Hauses auf den Bodenrichtwert aufgeschlagen. Dieser wird pauschal ermittelt durch eine Multiplikation der Grundfläche mit pauschalisierten Herstellungskosten. Das Alter des Hauses wird ebenfalls berücksichtigt. Diesbezügliche Regelungen bei der Steuermesszahl oder bei den Hebesätzen sind denkbar, wenn es sich verfassungsrechtlich darstellen lässt. Das vorgeschlagene Transparenzregister unterstützen wir. Danach müssten Gemeinden ihre derzeitigen Grundsteuern dokumentieren. Anschließend könnte abgeglichen werden, wie hoch die Gesamtgrundsteuereinnahmen nach der Reform sind und in Folge die Aufkommensneutralität gewährleistet werden.

12. Strebt Ihre Partei eine Veränderung der Grunderwerbsteuer an, um z.B. den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien zu fördern? Falls ja, was ist geplant?

Bei der Grunderwerbsteuer möchten wir Zweierlei ändern. Zum einen wollen wir unfaire

Steuerschulplöcher für Finanzinvestoren schließen, die durch Share Deals, also den steuerfreien Erwerb von bis zu 94,9% an Immobilienunternehmen, entstehen. Denn im Gegensatz zur Familie, die eine eigene Wohnung erwirbt, zahlen diese Unternehmen 0 Euro Steuern. Außerdem möchten wir solche Anbieter von Miet- oder Genossenschaftswohnungen, die diese dauerhaft günstig für Menschen mit kleineren oder mittleren Einkommen bereitstellen, von der Grunderwerbssteuer für diese Wohnungen befreien. Das nützt vielen Familien, die sich auf diese Art und Weise wieder gutes Wohnen, auch in den Städten und Ballungsräumen leisten können.

13. Plant Ihre Partei die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben? Falls ja, welche und wofür?

Heute tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger*innen werden entlastet. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer ist unser bevorzugtes Instrument. Das Land sollte die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir GRÜNE Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen.

14. Wohnen wird teurer. Auch bedingt durch die Corona-Krise steigen die Preise für Strom, Heizung und Nebenkosten. Welche Pläne hat Ihre Partei zur Eindämmung/Begrenzung dieser Kosten?

Wir GRÜNE werden eine Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden starten. Dreh- und Angelpunkt sind dabei hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55, eine deutlich höhere Sanierungsquote, Heizen mit erneuerbaren Energien und Investitionsprogramme für Wärmepumpen. Mit dem Drittelmodell, das die Kosten fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilt, einem Klimawohngeld und Steuervergünstigungen wollen wir die Kosten für Klimamodernisierungen für alle bezahlbar und wirtschaftlich machen. Für ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen werden wir ein Gebäuderessourcengesetz und einen Gebäuderessourcenausweis einführen und eine Holzbaustrategie auflegen. Die Kosten durch den CO2-Preis sollen die Vermieter*innen übernehmen, da sie darüber entscheiden, ob eine Wohnung saniert wird oder nicht.

15. MV ist ein Tourismusland. Wie steht Ihre Partei zur Kurabgabe? Sollte diese reformiert werden oder in bisheriger Form bestehen bleiben?

Das Kurortgesetz und das Kommunalabgabengesetz wurden kürzlich bereits hinsichtlich der Möglichkeiten, wann ein Ort eine gästebezogene Kurabgabe erheben kann, geändert. Die Kurabgabe selbst dient den Kommunen als wichtiges Mittel zum Verwalten, Erneuern, Erweitern und Unterhalten ihrer Ortschaften und Erholungsangebote. Da ihre Erhebung in den betreffenden Regionen eine nachhaltige Entwicklung zum sanften Tourismus fördert (Bsp. Mobilitätskonzept), unterstützen wir sie. Die aktuellen Neuregelungen aus dem Juni 2021 sind noch zu frisch, um sie umfassend zu bewerten und entsprechende Folgeschritte ableiten zu können. Eine entsprechende Evaluation werden wir vom Land einfordern und konstruktiv-kritisch begleiten.

III. Transparenz, Verschwendung, Korruption

16. Wie steht Ihre Partei zu einer Reform des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich der Fristen und des Anfragevorgehens?

Wir GRÜNE wollen ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild erarbeiten, um Ämter und Behörden zu verpflichten, ihre Informationen kostenfrei für die Öffentlichkeit aufzubereiten und barrierefrei zugänglich zu machen. So sollten z.B. Verträge veröffentlicht werden, bevor sie wirksam werden und Anfragen, je nach Komplexität, innerhalb von einem oder zwei Monaten beantwortet werden. Wir wollen für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mehr Partizipation und politischen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen. Echte Mitbestimmung der Bürger*innen kann aber nur dann funktionieren, wenn die dafür nötigen Informationen verfügbar sind.

17. Am 31. Mai 2021 tagte der Landtag nach kurzfristiger Ladung in einer Sondersitzung zur Situation der MV-Werften. Kurzfristig brachten die Regierungsfaktionen einen weiteren Antrag zur Werftrettung ein, ähnlich geschah dies auch im Zusammenhang mit der Gründung der neuen Umweltstiftung. Wie stellen Sie innerhalb Ihrer Fraktionsarbeit sicher, dass Abgeordnete vor ihrer Entscheidung im Landtag ausreichend Zeit und Informationsmöglichkeiten zu den geplanten Abstimmungen zur Verfügung stehen?

Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass Fristen eingehalten werden und genügend Zeit für Abgeordnete besteht, sich zu informieren und zu beteiligen. Die Mehrheit der Landtagsabgeordneten kann allerdings eiligen Entscheidungen zustimmen, was für begründete Notfälle auch sinnvoll ist. Die rot-schwarze Koalition hat diese Notfallmöglichkeit jedoch deutlich zu häufig angewendet, um strittige Projekte durchzudrücken. Solch ein Vorgehen lehnen wir entschieden ab. Sinnvolle Ausnahmeregelungen für besondere Lagen dürfen nicht für strategische oder taktische Manöver missbraucht werden.

18. Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um künftige Fälle von Steuergeldverschwendung auf Ebene des Landes sowie der Landkreise und der Kommunen zu verhindern?

Auch hier würde das von uns geforderte Transparenzgesetz (s. auch Frage 16 und Landtagswahlprogramm Kapitel 7.3 „Staatliches Handeln transparent machen“) greifen, da es potentielle Steuergeldverschwendungen gezielt sichtbar macht. Öffentliche Kontrolle der Haushaltspolitik durch Abgeordnete und Bürger*innen erfordert größtmögliche Offenheit und Verständlichkeit. Beratungen im Finanzausschuss des Landtages finden noch hinter verschlossenen Türen statt. Wir werden uns für öffentliche Beratungen des Finanzausschuss und anderer Landtagsausschüsse einsetzen.

Außerdem möchten wir GRÜNE klimaschädliche Subventionen abbauen, die nicht nur eine Verschwendung von Steuergeld darstellen, sondern gar vollkommen kontraproduktive Wirkungen entfalten. Nur faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Klimaschädliche Subventionen, wie etwa das Dieselpatent, die Dienstwagenbesteuerung und die Steuerbefreiung von Kerosin und Erdöl für die Plastikherstellung, senken die Preise für klimaschädliche Produkte und verdrängen umweltfreundliche Alternativen. Deshalb bauen wir diese schrittweise ab. In einem ersten Schritt können wir bundesweit so 15 Milliarden Euro jährlich für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen.

Den Landesrechnungshof als Kontrollinstanz für die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben wollen wir mit mehr Personal und Ressourcen zur Wahrnehmung seiner vielfältigen Aufgaben ausstatten. Auch die Befugnisse und Kontrollrechte des Landesrechnungshof wollen wir in Hinblick auf eine mögliche, sinnvolle Stärkung überprüfen.

Die Kontrolle der Landesbeteiligungen durch das Parlament wollen wir verbessern. Auch auf kommunaler Ebene fordern wir Haushaltsdisziplin. Die Zeiten für prestigeträchtige Infrastrukturprojekte sind vorbei. Die Kommunalaufsicht spielt bei der Einhaltung der Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss transparent, regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar sein.

19. Wie geht Ihre Partei mit Fällen von Vorteilsnahme/Korruption in den eigenen Reihen um?

Nach unserer Kenntnis gab und gibt es in unserer Landespartei keine Fälle von Vorteilsnahme und/oder Korruption. Dies ändert nichts an der Wichtigkeit des Themas, denn solche Taten bergen ein besonders großes Risiko für den Verlust von Vertrauen in unser demokratisches System und unsere gemeinschaftlichen Entscheidungswege. Wir GRÜNE setzen uns seit jeher entschieden dafür ein, dass Fälle solchen Fehlverhaltens sowohl innerhalb der Parteien als auch durch die Strafverfolgungsbehörden mit aller Entschlossenheit geahndet werden.

Für uns GRÜNE ist ausgeschlossen, dass wir Personen mit diesbezüglichen Skandalen und massiven, nachgewiesenen Interessenkonflikten zu unseren Spitzenkandidierenden wählen.

20. Wie steht Ihre Partei dazu, die Verschwendung von Steuergeld unter einen gesonderten Straftatbestand zu stellen?

Üblicherweise werden ganze Projekte je nach Sichtweise als Steuerverschwendung oder notwendige Investition für das Wohl des Landes beurteilt. Wir GRÜNE sind gegen die

Einführung eines Straftatbestandes „Verschwendung von Steuergeld“. Das Parlament beschließt in intensiven Beratungen den Haushalt, der die Grundlage für die Ausgabe von Landesmitteln ist. Damit diese Mittel nicht missbräuchlich verausgabt werden, brauchen wir vor allem Transparenz über die Ausgaben und strenge Antikorruptionsrichtlinien, z.B. über umfangreiche Lobbyregister und Whistleblowerschutz. Den Landesrechnungshof als zuständige Kontrollinstanz für die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit bei der Verausgabung der öffentlichen Mittel wollen wir stärken. Darüber hinaus haben die Bürger*innen bei den Wahlen die Möglichkeit, einen schlechten Umgang mit Steuermitteln mit dem Entzug der Stimme zu sanktionieren.